

VOR 25 JAHREN

**Rothenthurm: Wieder Opposition**  
 AP. Dem Gesuch des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) für eine vorzeitige Besitzinweisung in acht Parzellen des geplanten Waffenplatzes Rothenthurm ist erneute Opposition erwachsen. Die Rechtsvertreter eines der acht Grundeigentümer sowie der Naturschutzorganisation WWF Schweiz haben ihre Vernehmlassung an die Eidgenössische Schätzungskommission am Dienstag in Forch ZH und Rütli ZH veröffentlicht. Sie fordern darin, dass auf das EMD-Gesuch nicht einzutreten sei, da die Begründung ungenügend sei.  
 (Aus dem «Boten»  
 von 29. August 1984)



Bild Ernst Immoos

**Steisteg-Überbauung in Schwyz – jetzt wird Gaden abgebrochen**  
 one.- Das 35-Mio-Projekt des Konsortiums, das aus der Kantonalbank, der Bankgesellschaft, der PTT und der Iwobau AG besteht, soll gemäss Auskunft von Bruno Bürgi von der Kantonalbank wohl kaum noch dieses Jahr in Angriff genommen werden. Der Baubeginn wird sich voraussichtlich bis Frühjahr des nächsten Jahres verzögern. Seit heute Morgen steht aber eine Baumaschine auf dem Steisteg in Schwyz. Die wird für den Abbruch des Gadens beim südlichen Dorfeingang (unser Bild) eingesetzt.  
 (Aus dem «Boten»  
 von 29. August 1984)

**Schwyz N4-Raststätte noch nicht begraben**  
 one.- Wie von Regierungsrat Heinrich Kistler, Chef des kantonalen Baudepartements, zu erfahren war, ist das Projekt einer Raststätte in der Nähe des Lauerzensees nicht gestorben. Die Regierung behält sich immer noch vor, eine solche Raststätte – allerdings nicht auf dem seeseitigen Gebiet – zu erstellen. Damit kann das seinerzeit für das seeseitige Projekt vorgesehene Gebiet südlich der Autobahn weitgehend in das Schutzgebiet Sägel-Lauerzensee einbezogen werden.

**Geld für Landwirte in Naturschutzgebieten**  
 aml. Der Regierungsrat hat das Justizdepartement beauftragt, zuhanden des Kantonsrates eine Teilrevision der kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung vorzubereiten. Damit sollen die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass Landwirten in Naturschutzgebieten Entschädigungen für die Einschränkung bisheriger Nutzungsmöglichkeiten und Beiträge für die sachgemässe Nutzung von Parzellen in solchen Gebieten ausgerichtet werden kann.  
 (Aus dem «Boten»  
 von 31. August 1984)

**Ist bald kein OAK-Nutzen mehr zu erwarten?**  
 mas. Wie dem Verwaltungsbericht und den Rechnungen der Oberallmeindkorporation Schwyz (OAK) für 1983 entnommen werden kann, ist die Ertragslage immer noch nicht befriedigend. Wohl mussten keine Reserven mehr aufgelöst werden, und 1983 reichte es gerade noch zu einem Korporationsnutzen von 20 Franken, so muss künftig hinter diese Auszahlung an die über 8000 Oberällmiger ein grosses Fragezeichen gesetzt werden. Ein Trost bleibt: Aus der Kapitalrechnung ist ersichtlich, dass es 1984 nochmals zu einem Nutzen reichen sollte.  
 (Aus dem «Boten»  
 von 3. September 1984)

# EVP will in den Kantonsrat

**Gestern Abend wurde in Schwyz die Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Schwyz gegründet. Die mittlerweile achte Schwyzer Kantonalpartei will an den Kantonsratswahlen 2011 mindestens einen Sitz gewinnen.**

Von Ruggero Vercellone

Schwyz. – Die EVP ist im Kanton Schwyz nicht unbekannt. Obwohl sie an den letzten Nationalratswahlen noch nicht offiziell gegründet war, erreichte sie mit einem Stimmenanteil von gut einem Prozent auf Anhieb einen Achtungserfolg. Nun ist gestern die Partei, die als achte Kantonalpartei um Stimmen buhlen wird, offiziell aus der Taufe gehoben worden.

Als Taufpate amtierte der Präsident der schweizerischen EVP, Heiner Studer. Er orientierte über die Werte der Partei, die auf der Bibel basieren. Wer als Christ die Gesellschaft verändern und beeinflussen wolle, gehöre in die EVP, sagte Studer. Politik sei für die Mitglieder der EVP «auch eine Form der Diakonie». Zu den Grundwerten der Partei gehöre, dass die Erde als Leihgabe Gottes und der Mensch als Geschöpf Gottes zu betrachten seien. Zudem pflege die Partei eine erstklassige Gesprächskultur.

**«Ein Präsident auf Zeit»**

An der gestrigen Gründungsversammlung im Forum der Schweizer Geschichte in Schwyz nahmen 28 Gründungsmitglieder teil. Zu ihrem ersten Präsidenten wählten sie den 68-jährigen Hans-Ruedi Minder aus dem zürcherischen Richterswil. Das sei ein Präsidium auf Zeit, sagte Minder. Er wolle in den nächsten Jahren einen jüngeren Nachfolger aufbauen, der auch «Wohn- und Schlafplatz im



**28 Gründungsmitglieder:** Den Mitgliedern der gestern neu gegründeten EVP des Kantons Schwyz verteilte der Vorstand das Evangelium und ein Victorinox-Messer.

Bild Ruggero Vercellone

Kanton Schwyz» habe. Obwohl er selber im Kanton Zürich wohne, könne er von sich behaupten, dass er oft besser über das politische Geschehen informiert sei als mancher Schwyzer. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden Georg Boller aus Rickenbach, Karin Meier aus Einsiedeln, Roland Steinberger aus Gersau, Manuel Barmert aus Galgenen und Ken Rauchenstein aus Lachen. Letzterer wurde gestern in Abwesenheit gewählt, da er sich in Kanada aufhält. Als Revisoren amten Albert Bodmer, Freienbach, und Heinz Langhart, Wilen.

Gleichzeitig fasste die Partei ihre Parolen zu den Abstimmungen vom 27. September. Sowohl die beiden eidgenössischen Vorlagen (IV-Zusatzfinanzierung und Verzicht auf Einführung der allgemeinen Volksinitiative) wie auch die zwei kantonalen Vorlagen (Gesetz über das E-Government und Totalrevision des Enteignungsgesetzes) werden von der EVP des Kantons Schwyz befürwortet.

**Ein Evangelium und ein Messer**  
 Die Partei, die gestern jedem Mitglied ein Evangelium und ein Victorinox-

Messer abgab, will an den Kantonsratswahlen im Jahr 2011 antreten. Dabei hoffe man auf eine bessere Wahlkreisverteilung, die kleine Parteien nicht benachteilige. «Wir wollen Kandidaten aufbauen und uns zumindest in grossen Gemeinden, wo die Chance für einen Sitzgewinn grösser ist, bemerkbar machen» sagte Minder. Auch an den Nationalratswahlen 2012 wolle man sich wieder beteiligen. Dort sei zwar kaum mit einem Sitzgewinn zu rechnen. «Wir wollen abklären, ob wir eventuell eine Listenverbindung eingehen können», führte Minder aus.

## «Lex Stoos» wird zu «Lex Bergdorf»

**Ob der Kanton den Betrieb von Bergbahnen künftig stärker unterstützen soll, ist nach wie vor umstritten. Mindestens verlangt jetzt die Kommission, dass aus der «Lex Stoos» eine «Lex Bergdorf» wird, alle Bergorte sollen nach den gleichen Kriterien unterstützt werden.**

Von Josias Clavadetscher

Kanton. – Der Kanton Schwyz hat bisher Betriebsbeiträge an Bergbahnen geleistet, wenn diese im Grundangebot des öffentlichen Verkehrs enthalten waren. Typisch dafür ist zum Beispiel die Luftseilbahn nach Illgau. Das zentrale Kriterium war, dass das durch eine Bahn erschlossene Dorf

mindestens 300 ständige Einwohner aufweisen musste.

**100 Einwohner sollen genügen**

Nun schlägt die Regierung eine Anpassung des Grundangebots 2008–2011 vor. Die Mindesteinwohnerzahl soll von 300 auf 100 reduziert werden. Davon würde explizit der Stoos profitieren und künftig gemäss Modellrechnung einen Betriebsbeitrag von 550 000 Franken pro Jahr erhalten. Weil in der Folge auch Sattel für die Gondelbahn Sattel-Hochstuckli AG und die Gemeinde Arth für die Rigi Bahnen AG entsprechende Begehren anmeldeten, wurde die Vorlage auf eine neue Runde geschickt. Die kantonsrätliche Kommission hat zudem einen Ergänzungsbericht verlangt. Er liegt nun vor und zeigt auf, welche weiteren Konsequenzen diese neue Limite von 100 Einwohnern ha-

ben könnte. Sowohl bezüglich der finanziellen Auswirkungen wie auch bezüglich weiterer Bahnen.

**Alle gleich behandeln**

Die Bedenken der Kommission konnten aber trotzdem nicht ganz ausgeräumt werden. Die Vorlage ist nur mit 6 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen worden. Es ist zu erwarten, dass im Kantonsrat die 100er-Grenze nochmals ausgiebig diskutiert wird. Auch beantragt die Kommission, dass der Regierungsrat beauftragt werden soll, dass Gesuche von weiteren Bergbahnen ebenfalls auf ihre Beitragsberechtigung hin geprüft und ins Grundangebot aufgenommen werden sollen. Aus der «Lex Stoos» soll so eine «Lex Bergdorf» werden, man will alle gleich behandeln. Eine weitere Schwierigkeit hat sich im Zusammenhang mit der Anspruchsberechtigung

der Rigi Bahnen ergeben. Erst am letzten Freitag ist im Rahmen des REV-Projekts «RigiPlus» betont worden, dass künftig die Kantonsgrenze Schwyz-Luzern kein Hindernis mehr bilden sollte. Trotzdem ist es heute so, dass für die Strecke Vitznau–Rigi Kulm Betriebsbeiträge bezahlt werden, für die Bahn auf der Schwyzer Seite nicht.

**Kritik an SOB-Mehrkosten**

Weiter hat die Kommission fünf Investitionsbeiträge an die Schweizerische Südostbahn SOB beraten und genehmigt. Dazu gehören zum Beispiel auch der Umbau der Fahrleitung zwischen Steinerberg und Altmatt sowie eine neue Sicherungsanlage zwischen Freienbach und Altmatt. Kritisiert wurden die 6,7 Mio. Franken, welche der Bahnhof-Ausbau Biberbrugg kosten wird. Der SOB wird mangelnde Planungssorgfalt vorgeworfen.

## Wurde nicht sorgfältig genug gehandelt?

**Die Hedgefonds-Anlage der Gemeinde Freienbach bleibt Thema in der Freienbacher Bevölkerung. Das Bürgerforum veröffentlicht in seiner neuen Info-Broschüre Auszüge aus dem Vermögensverwaltungsvertrag des Gemeinderats mit Horizon21.**

Von Andreas Feichtinger

Freienbach. – Bekanntlich hatte der Gemeinderat Freienbach in den Hedgefonds Horizon21 Alpha Dynamics

investiert und als Folge der Weltfinanzkrise 1,433 Mio. Fr. Verlust bekannt geben müssen. Einen weiteren Beitrag zur Debatte über die missratene Geldanlage des Gemeinderats liefert möglicherweise das Bürgerforum Freienbach. In der ersten Ausgabe seines neuen Publikationsorgans «BF-Info» druckt die Redaktion unter der Rubrik «Aktuell und brisant» Auszüge aus dem Vermögensverwaltungsvertrag des Gemeinderats mit Horizon21 ab.

Bedenklich findet es das Bürgerforum, dass der Gemeinderat bei Vertragsunterzeichnung wusste und sein Einverständnis erklärt hatte, dass «die

Anlage möglicherweise nicht im Einklang mit den Richtlinien für Vermögensverwaltungsbeauftragte der Schweizerischen Bankiervereinigung ist».

**Reaktionen abwarten**

«Die Bevölkerung sollte wissen, welche enormen Nachteile und Risiken mit diesem Vertragsabschluss in Kauf genommen wurden, und dies zu einem Zeitpunkt, als die weltweite Finanzkrise sogar schon für jeden Laien erkennbar war», begründete Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Trägervereins Bürgerforum Gemeinde Freienbach, den Abdruck der Vertragspassagen. Das Bürgerforum wolle zu-

nächst die Reaktionen aus der Bevölkerung abwarten. «Dann überlegen wir uns, ob wir eventuell weitere Schritte unternehmen werden», so Herzog-Feusi.

**Hat August Mächler unrecht?**

Das Bürgerforum sei der Ansicht, so Herzog-Feusi, dass der Gemeinderat Freienbach nicht sorgfältig genug gehandelt habe. Dies entgegen der Meinung von August Mächler, Vorsteher des Rechts- und Beschwerdedienstes des Kantons Schwyz. Mächler hatte erklärt, dass dem Gemeinderat Freienbach kein Fehlverhalten vorgeworfen werden könne.